



# ANHÖ- NÉMET NYELVŰ HETI HÍRÖSSZEFOGLALÓ

20. hét

2019.05.13.

## ZUSAMMENFASSUNG

**Ungarische Innenpolitik** – *Im Oppositionslager läuft ein verspäteter Europawahlkampf ohne Botschaften:*

Zwei Wochen vor den Europawahlen in Ungarn sind die Oppositionsparteien damit beschäftigt, Plätze für die Kommunalwahlen untereinander auszuhandeln, wenn sie nicht mit Themen Wahlkampf machen, die aus dem Gesichtspunkt der Bürger weniger verständlich sind. Ein Merkmal des Europawahlkampfes im Oppositionslager ist die Verspätung: Mit Ausnahme der DK befinden sich sämtliche Formationen noch in der Phase der Themensuche an Stelle der Themenvorstellung.

**Wirtschaftspolitik** – *Ungarn hat den dritten Platz beim „Good Governance“-Index des Nézöpont-Instituts 2018 erreicht:*

Ausgehend von den Ergebnissen des drei Aspekte untersuchenden „Good Governance“-Index für das Jahr 2018 konnte Ungarn in Mitteleuropa hinter Österreich und Tschechien das Siegerpodest besteigen. Diese beiden Länder überholten uns in Sachen Wirtschaftswachstum und gesellschaftlicher Wohlstand, wohingegen Ungarn auf dem Gebiet der politischen Stabilität herausragt.

**Außenpolitik, Außenwirtschaft** – *Donald Trump empfängt Ministerpräsident Viktor Orbán im Weißen Haus:*

Das Hauptanliegen des Treffens zwischen US-Präsident Donald Trump und dem ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán besteht darin, die bilateralen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Ungarn zu stärken sowie die Bereiche der künftigen Zusammenarbeit abzustecken.

**Nachrichten, die Beachtung verdienen** – *Die Akademie hat die Übereinkunft aufgekündigt:*

Die Mitgliederversammlung der Ungarischen Akademie der Wissenschaften (MTA) beschloss, die früher getroffene Vereinbarung außer Kraft zu setzen. Die ungarische Regierung strebt weiterhin einen Konsens an, wobei jedoch die jetzige MTA-Entscheidung einen Vertrauensverlust von Seiten der Exekutive gegenüber der Akademie auslösen kann.

## UNGARISCHE INNENPOLITIK

### VERSPÄTETER WAHLKAMPF OHNE KLARE AUSSAGEN BEI DER OPPOSITION

Zwei Wochen vor den Europawahlen in Ungarn sind die Oppositionsparteien damit beschäftigt, Plätze für die Kommunalwahlen untereinander auszuhandeln, wenn sie nicht mit Themen Wahlkampf machen, die aus dem Gesichtspunkt der Bürger weniger verständlich sind. Ein Merkmal des Europawahlkampfes im Oppositionslager ist die Verspätung: Mit Ausnahme der DK befinden sich sämtliche Formationen noch in der Phase der Themensuche an Stelle der Themenvorstellung.

Die ungarische Opposition machte einen strategischen Fehler, als sie im intensivsten Abschnitt der Europawahlen, nämlich im Europawahlkampf, damit anfang, sich um die Positionen der Bürgermeister in der Hauptstadt zu streiten. Die vorzeitige Debatte der Interessenunterschiede führte dazu, dass die Opposition nun dem Ausgang der Europawahl in Ungarn am 26. Mai mit einer verspäteten Kampagne ohne aussagekräftige Botschaften entgegensieht. Die Folge dessen ist ein anhaltender Popularitätsschwund, während die DK als einzige Oppositionspartei mit klaren Wahlkampfthemen erstarken könnte.

In der MSZP sieht man sich mit schwerwiegenden Problemen konfrontiert: Die versuchte Einflussnahme von Ildikó Bangó-Borbély auf die politische Tagesordnung war zum Scheitern verurteilt und löste ganz im Gegenteil unerwünschte Reaktionen aus, wie auch Erklärungen des heutigen Europaabgeordneten István Ujhelyi zum Einreißen von Grenzzäunen, die leicht fehlinterpretiert werden können, für enorme Schlagzeilen in den einheimischen Medien sorgten. Am stabilsten und am ehesten ausrechenbar bewegt sich seit dem vorigen April die Partei von Ex-Ministerpräsident Ferenc Gyurcsány im politischen Leben. Die DK kommuniziert in jedem Fall Standpunkte, die dem Standpunkt der ungarischen Regierung diametral entgegengesetzt sind und sich deshalb gut zuordnen lassen. So wurde auch das Europaprogramm der Partei im Grunde genommen auf eine Frage aufgezo-gen, die der künftigen Entwicklungsrichtung der Europäischen Union. Die DK verkündet eine supranationale, möglichst tiefgehende Zusammenarbeit, mit der die Mehrheit der ungarischen Gesellschaft zwar nicht übereinstimmt, während diese Botschaft doch jene Segmente erreicht, die keine Sympathien für die Regierungsparteien zeigen.

Eine herausragende Frage der Europawahlen in Ungarn lautet, welche Oppositionspartei die stärkste Position mit der größten Vollmacht in der Gesellschaft erobern kann. Nach Kalkulationen des

Nézőpont-Instituts führt aktuell noch die Jobbik, während zwischen ihr sowie dem Linksbündnis MSZP-P bzw. der DK nur geringe Abweichungen innerhalb des statistischen Fehlers nachzuweisen sind. Mit einer besseren Aktivierung ihrer Anhänger könnte die DK unter Umständen sogar mehr Stimmen als die Jobbik oder MSZP-P holen.

## WIRTSCHAFTSPOLITIK

### UNGARN AUF PLATZ 3 DES „GOOD GOVERNANCE“-INDEX DES NÉZŐPONT-INSTITUTS

Ausgehend von den Ergebnissen des drei Aspekte untersuchenden „Good Governance“-Index für das Jahr 2018 konnte Ungarn in Mitteleuropa hinter Österreich und Tschechien das Siegerpodest besteigen. Diese beiden Länder stehen in Sachen Wirtschaftswachstum und gesellschaftlicher Wohlstand auf stabileren Fundamenten, wohingegen Ungarn auf dem Gebiet der politischen Stabilität herausragt. Im Rahmen einer zweitägigen Veranstaltungsreihe zur Präsentation der Ergebnisse legten auch die polnische Stellvertretende Ministerpräsidentin Beata Szydlo und Justizminister László Trócsányi ihren Standpunkt über Mitteleuropa dar.

Der „Good Governance“-Index des Nézőpont-Instituts hat die im Jahre 2018 erzielten Ergebnisse im Gegensatz zu den meisten Ranglisten – die jeweils einen, häufig außerordentlich flexibel interpretierten Indikator der Regierungsführung in den Mittelpunkt ihrer Untersuchung rücken – aus drei Aspekten bewertet. Diese lauten: Wirtschaftswachstum, gesellschaftlicher Wohlstand und politische Stabilität. Mit Hilfe von Länderexperten erstreckte sich die quantitative wie qualitative Methoden enthaltende Untersuchung auf insgesamt neun EU-Mitgliedstaaten südlich des Baltikums und nördlich von Griechenland. Die kumulierte Rangfolge ergab sich wie folgt: Österreich, Tschechien, Ungarn, Slowenien, Polen, Rumänien, Slowakei, Kroatien und Bulgarien.

In Hinsicht auf das Wirtschaftswachstum landete Österreich auf Platz 1, was in Kenntnis von erzielten Erfolgen wie einem Überschusse erwirtschaftenden Staatshaushalt sowie sinkenden Staatsschulden nicht überraschen muss. Tschechien folgt unserem westlichen Nachbarn mit nur geringem Abstand, was sich mit den niedrigen Staatsschulden und der disziplinierten Haushaltspolitik erklären lässt. Diese herausragenden Ergebnisse könnten auch auf die übrigen Länder in der Region stimulierend wirken. Ein Problem von regionaler Dimension ist der Mangel an Produktivität und an Arbeitskräften, während die fiskalische Politik in allen untersuchten Ländern ausgeglichen war. In der Rangfolge des

gesellschaftlichen Wohlstands belegt Österreich erneut Platz 1, doch hat sich in der gesamten Region eine Entwicklung entfaltet, deren Basis der wirtschaftliche Aufschwung der jüngsten Jahre bildete. So verbesserte sich beispielsweise in sämtlichen Ländern die öffentliche Sicherheit; auf der Grundlage der erzielten Punkte gelten die Visegrád-Staaten (V4) als eine der sichersten Regionen innerhalb der EU. Im Jahre 2018 erwies sich Ungarn im politischen Sinne als das stabilste Land in Mitteleuropa. Hierzulande werden hohe Vertrauenswerte gemessen, wie auch die Beurteilung der Berechenbarkeit des politischen Systems am günstigsten in der gesamten Region ausfällt.

## AUSSENPOLITIK UND AUSSENWIRTSCHAFT

### DONALD TRUMP EMPFÄNGT MINISTERPRÄSIDENT VIKTOR ORBÁN IM WEISSEN HAUS

In den Vereinigten Staaten von Amerika kommt es am 13. Mai zu einer der bedeutendsten und von vielen seit langem erwarteten diplomatischen Begegnungen zwischen US-Präsident Donald Trump und dem ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán. Die US-Außenpolitik hat unter den Republikanern sichtbar mit der unter den Demokraten gewohnten Ausrichtung gebrochen, welche Mitteleuropa weniger im Fokus hielt. Der gemeinsame Ausgangspunkt des Treffens dürfte eindeutig die Migrationspolitik der die beiden Staaten führenden Politiker sein.

Ministerpräsident Viktor Orbán war der erste europäische Politiker, der Donald Trump im Vorfeld seiner Wahl im Ringen um das Amt des Präsidenten der USA seiner Unterstützung versicherte. Der Fidesz-Vorsitzende formulierte noch 2016 in seiner Rede auf der Sommeruniversität von Bad Tuschnad, „die Lage ist tatsächlich so, dass ich diesen Kandidaten reden hörte (Donald Trump – *Anm. d. Red.*), und Ihnen mitteilen muss, dass dieser Mann drei Vorschläge unterbreitete, um den Terrorismus zu stoppen. Ich als Europäer hätte nur schwerlich besser formulieren können, was Europa dringend bräuchte.“ Seit 2016 sind zwar drei Jahre vergangen, doch die politische und ideologische Übereinstimmung zwischen den beiden führenden Politikern hat sich nicht verändert. Zunächst einmal waren Ungarn und die Vereinigten Staaten von Amerika die ersten Länder, die aus dem Verhandlungsprozess um den globalen Migrationspakt der UNO ausstiegen. In jeder Hinsicht zutreffend ist die Aussage, dass der stärkste gemeinsame Punkt der ungarisch-amerikanischen bilateralen Beziehungen die Anstrengung eines entschiedenen nationalstaatlichen Auftretens gegen die Migration ist: Sowohl Donald Trump als auch Viktor Orbán bezogen Position für die Errichtung

physischer Grenzhindernisse, um die Migrationskrise auf nationalstaatlicher Ebene in den Griff zu bekommen.

Obendrein zeigte sich nicht allein in solchen symbolischen Angelegenheiten eine Annäherung zwischen der politischen Führung der beiden Länder. Das Eintreffen des Budapester Botschafters David B. Cornstein in Ungarn war Teil dieses Prozesses, und darüber hinaus können wir zahlreiche Themen vermerken, die das Zustandekommen des Treffens begründeten:

- mit der Wahl von Präsident Selenskyj hat sich eine neue Chance zur Beilegung des ukrainisch-ungarischen Konflikts ergeben,
- der Erwerb einer ungarischen Beteiligung am kroatischen LNG-Terminal würde den Horizont der strategischen Zusammenarbeit der beiden Nachbarländer erweitern,
- der CEU-Skandal ist eindeutig von der Tagesordnung verschwunden,
- die Lagebeurteilung in der Migrationskrise hat die beiden Parteien vor allen anderen Dingen auf einen gemeinsamen Standpunkt gebracht.

## NACHRICHTEN, DIE BEACHTUNG VERDIENEN

### DIE AKADEMIE HAT DIE VEREINBARUNG AUFGEKÜNDIGT

Ungeachtet des friedfertigen Tonfalls früherer Abstimmungen wies die Mitgliederversammlung der Ungarischen Akademie der Wissenschaften (MTA) am vergangenen Montag jene Vorlage des Ministeriums für Innovationen und Technologien (ITM) zurück, mit der die praktische Handhabung von Kontrolle und Steuerung über die Forschungsinstitute an ein neues Gremium übertragen werden sollte. Das akademische Forschungsnetz ist ein organischer Bestandteil des Systems der einheimischen F+E-Institutionen, wobei das ITM die Zielstellung verfolgte, die Forschungsinstitute effizienter in die Marktprozesse einzubinden. Aus diesem Grunde gelangten die Gelder dieses Forschungsnetzwerks im Haushaltsgesetz für 2019 an das ITM, während die Akademie einen Vorschlag zur Ausgestaltung der neuen Betreiberstrukturen unterbreiten sollte. Die in der vergangenen Woche formulierten Vorlagen empfahlen jedoch entgegen den von der Regierung bislang präsentierten Ideen kein zwei-, sondern ein dreiseitiges System der Delegationen. In dem durch die MTA als weitaus relevanter betrachteten Strategieausschuss hatten sich die ITM-

Delegierten im Vorfeld ausgesprochen kompromissbereit gezeigt, indem sie die Form eines Vermögensverwaltungsfonds verwarfen, darauf eingingen, dass die Forschungsinstitute auch künftig in der Form öffentlich-rechtlicher Gremien tätig sind, dass die Forscher Angestellte im öffentlichen Dienst bleiben, und dass die Grundfinanzierung Bestand hat (Minister Palkovics hatte früher eine Finanzierung ausschließlich aus Ausschreibungsgeldern forciert). Es wurden gleich mehrere Garantieelemente eingebaut, wie beispielsweise die Bindung kardinaler Entscheidungen an eine qualifizierte Mehrheit oder die Aufstellung eines internationalen Beratergremiums bzw. die Absprache, dass kein einziges Forschungsinstitut des zur Abtrennung von der Akademie vorgesehenen Netzwerks für den Zeitraum von mindestens einem Jahr (die MTA wollte ursprünglich drei Jahre erreichen) aufgelöst oder aus den Strukturen der Akademie herausgelöst wird. Die Reaktion der ungarischen Regierung ist im Lichte dieser Entwicklung wenig überraschend: In dieser Woche wird die Frage auf der Regierungssitzung verhandelt, während Minister László Palkovics sogleich eine Fortsetzung der Verhandlungen anregte, nachdem er die von Seiten der Akademie getroffene Entscheidung nicht akzeptieren kann. Zum einen deshalb, weil die MTA nach der formellen Zustimmung für die Vereinbarung nur zwei Tage später einen Rückzieher machte, zum anderen, weil auch die früher unterbreiteten Vorschläge als ungünstig angesehen wurden.

## PROGNOSE

- Der Zeitpunkt für die Verhandlung des von der Europäischen Kommission gegen Ungarn, Polen und Tschechien im vergangenen Januar eingeleiteten sogenannten Quotenprozesses wurde auf den 15. Mai festgesetzt. Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union verpflichtet ein Ratsbeschluss, auf der Grundlage einer zentral festgesetzten Quote Flüchtlinge aus Griechenland und Italien zu übernehmen.

Seit der Entscheidung vom September 2015 wurde kein einziger Asylbewerber „vorübergehend“ auf das Territorium von Ungarn überstellt, und später setzten Polen und Tschechien die Ansiedlungen ebenfalls aus. Wenngleich sämtliche sonstigen Mitgliedstaaten Umsiedlungen vornahmen, geschah dies doch nicht in dem durch Brüssel vorgegebenen Maße: Die Quote wurde mit Ausnahme von zwei Mitgliedstaaten von keiner Seite erfüllt. In Vorbereitung auf den Verhandlungstermin schickte das Gericht Fragen an Ungarn, bei deren Beantwortung das Justizministerium klarstellte, die ungarische Regierung könne auch weiterhin nicht dem Prinzip des verbindlichen Ansiedlungsmechanismus zustimmen. In dieser Sache ist mit einem Urteil in diesem Sommer oder Herbst zu rechnen, wobei das Verfahren mit einer Geldstrafe enden könnte, wenn die drei Staaten durch das Gremium in Luxemburg verurteilt werden. Die Abstimmung der V4-Staaten am Rande des EU-Gipfels in Sibiu (Hermannstadt) dürfte mit großer Sicherheit wegen der am Mittwoch anstehenden Verhandlung wichtig gewesen sein.